

ZWANZIG JAHRE 'NEUE ORDNUNG' IN INDONESIA - ENTSTEHUNG, ENTWICKLUNG, PERSPEKTIVEN

Hartmut Dürste / Manfred Fenner

1985 war für Indonesien ein Jahr der "runden" Jubiläen. Am 17. August jährte sich zum vierzigsten Mal die Proklamation der Republik durch Sukarno und Hatta. Bereits im April konnte der dreißigste Jahrestag der historischen Afro-Asiatischen Solidaritätskonferenz von Bandung begangen werden, an deren Zustandekommen Indonesien wesentlichen Anteil hatte. Am 1. Oktober schließlich war es zwanzig Jahre her, daß die Niederschlagung des Putschversuchs der "Bewegung des 30. September" das Ende der Sukarno-Ära einleitete. Dieser Tag kann deshalb als die Geburtsstunde der "Neuen Ordnung" (Orde Baru) angesehen werden, die die Geschicke Indonesiens seither bestimmt.

Vor allem dieser letzte Jahrestag sollte Anlaß sein, die politische und sozio-ökonomische Entwicklung der vergangenen zwanzig Jahre zusammenfassend zu reflektieren. Dies vor allem deshalb, weil der Übergang von der "Alten" zur "Neuen Ordnung" nicht nur ein politischer Regimewechsel war, sondern durch seine veränderte wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzung auch eine neue Weichenstellung in der sozio-ökonomischen Entwicklung begründete.

Ein Resümee scheint auch aus einem anderen Grunde sinnvoll. Noch Ende der sechziger Jahre überwog verschiedentlich die Skepsis ausländischer Beobachter über die Stabilität des neuen Regimes. Umso mehr erstaunt nach zwanzig Jahren - trotz aller Krisen - seine Dauerhaftigkeit.

Vor dem Hintergrund der Unruhen von Tanjung Priok am 12. September 1984 und der Bombenanschläge der folgenden Monate sowie der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage stellt sich die Frage, ob sich eine neue Zäsur andeutet. Ist die "Neue Ordnung" am Ende? Oder wird das Regime auch diese neuen Krisenerscheinungen - wie andere zuvor - wenn auch nicht lösen, so doch zumindest entschärfen können?

VON DER "GELENKTEN DEMOKRATIE" ZUR "NEUEN ORDNUNG"

Die letzten Jahre der Sukarno-Ära - vor allem 1963 bis 1965 - waren politisch durch die Existenz eines labilen Machtdreiecks charakterisiert. Den einen Pol bildeten die Streitkräfte, die seit den späten Fünfzigern - nicht zuletzt nach dem Sieg über secessionistische und regionalistische Kräfte - an Prestige und innerer Geschlossenheit gewonnen hatten und deren gesellschaftliche Bedeutung durch ihr Engagement im wirtschaftlichen Bereich gewachsen war. Da die nationalisierten Betriebe der Holländer, Briten und Amerikaner unter die Verwaltung von Offizieren gestellt worden waren, konnten sowohl neue Ressourcen für die Armee gewonnen als auch "Pfründe" verteilt werden. Sukarnos Konzept der "Gelenkten Demokratie" erhöhte außerdem den direkten militärischen Einfluß auf Legislative und Exekutive. Seit 1959 waren ein Drittel aller Parlamentsabgeordneten Soldaten. Die Provinzgouverneure waren in den frühen sechziger Jahren zu 80 % Offiziere oder erhielten militärischen Titulärstatus¹. Auf den Außeninseln hatten sie sich bald als Ordnungs- und Verwaltungsmacht etabliert, mit der Folge, daß sie die politischen Aktivitäten der Parteien beschränkten und eine Pressezensur ausübten. Ideologisch strikt antikommunistisch, drängte die Armee die Kommunistische Partei (PKI) in verschiedenen Provinzen außerhalb Javas über längere Zeiträume in die Illegalität - gegen den ausdrücklichen Willen Sukarnos. In den Dörfern war die Armee u. a. durch den Veteranenverband sowie durch Genossenschaften und Dorfwehren zur Zivilverteidigung präsent.

Die PKI - der zweite Pol des Sukarno'schen Machtdreiecks - hatte sich in den fünfziger Jahren zur größten kommunistischen Partei Asiens außerhalb Chinas entwickelt. Zentrum ihres Einflusses war Java. Bei den Provinzwahlen im Sommer 1957 hatte sie sich an die Spitze aller Parteien gesetzt. 1959 zählte sie 1,5 Millionen Mitglieder, ihre Massenorganisationen (Gewerkschaft, Bauernverband, Frauen- und Jugendorganisationen) umfaßten insgesamt etwa 10 Millionen Menschen, obwohl es anfangs so ausgesehen hatte, als ob Sukarnos "Gelenkte Demokratie" eher auf Kosten der Kommunisten verwirklicht würde. Sie vor allem hatten nach der Verkündung des Kriegsrechts unter den Sicherheits- und Zensurmaßnahmen der Armee zu leiden, und sie traf - als Partei mit wachsenden Wahlchancen - die dauernde Verschiebung der Neuwahlen am stärksten.

Dennoch gelang es der PKI, ihren Einfluß immer weiter auszubauen. Dabei kam ihr zugute, daß mit dem Verbot der islamischen Masyumi-Partei 1960 ihr bedeutendster ideologischer Gegner ausgeschaltet wurde. Das Ende des Ausnahmezustandes 1963 ermöglichte es der PKI darüberhinaus, in ihren Hochburgen auf Java in die Offensive zu gehen. Dabei kam ihr die katastrophale Wirtschaftslage zu Hilfe, für die in ihren Augen die neue "kapitalistisch-bürokratische Klasse" (KABIR) der Militärs die Verantwortung trug. Auf dem Lande machte sie sich nicht nur zum Fürsprecher einer schon lange versprochenen Landreform, sondern startete 1963 "einseitige Aktionen" (aksi sepihak), indem sie Pachtsätze eigenmächtig kürzte und Land an landlose Bauern ver-

teilte. 1963 war die PKI mit 2 Millionen Mitgliedern und 11 Millionen in den Massenorganisationen die bei weitem mächtigste Partei des Landes.

Ein entscheidender Faktor für diesen Machtzuwachs war der dritte Pol im Machtdreieck, Sukarno selbst. Seine Macht beruhte zum einen auf seinem Prestige als Proklamator der Republik, zum anderen auf seiner Fähigkeit, sich bekämpfende Machtblöcke auszubalancieren. Die wachsende Bedeutung der Armee, deren antikommunistische Grundhaltung immer offensichtlicher wurde, veranlaßte den Präsidenten, sich ideologisch der PKI anzunähern, um das labile Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, das vor allem sein politisches Überleben sicherte. Auf der anderen Seite wußte die PKI-Führung, daß sie auf die Protektion des Präsidenten angewiesen war. Hieraus resultierte der - von der Armee mit wachsendem Mißtrauen beobachtete - ideologische Gleichklang der öffentlichen Äußerungen.

Dennoch: bei aller Bereitschaft Sukarnos, der PKI eine ideologische Vormachtstellung einzuräumen, ließ er sich nie auf alle Forderungen der Kommunisten ein. Im Kabinett war die PKI nur mit Ministern ohne Geschäftsbereich vertreten, und die antikommunistische Studentenvereinigung HMI wurde trotz des Drängens der Kommunisten nie verboten, weil das für Sukarno bedeutet hätte, eine Komponente seiner NASAKOM-Ideologie, mit der er Nationalismus, Religion und Kommunismus verschmelzen wollte, zu opfern².

Dennoch wuchs das Mißtrauen der Armee, vor allem, als sich andeutete, daß Sukarno bereit sein könnte, auf die kommunistische Forderung nach einer "Angkatan kelima", einer fünften Streitmacht neben Heer, Luftwaffe, Marine und Polizei, bestehend aus bewaffneten Arbeitern und Bauern, einzugehen. Umgekehrt mißtraute Sukarno der Armeeführung und hielt einen Putsch des Heeres gegen sich nicht für ausgeschlossen. Die PKI wiederum ging davon aus, daß das labile Machtgleichgewicht nicht von Dauer sein würde.

Eine ernsthafte Krankheit Sukarnos im August 1965 veranlaßte den Beschluß des Politbüros vom 28.8.1965, die durch ihr geheimes Sonderbüro hergestellte Verbindung zu Teilen der Armee zu nutzen, um die antikommunistische Armeeführung auszuschalten. Es spricht einiges dafür, daß Sukarno zumindest von diesen Plänen wußte. Beabsichtigt war wahrscheinlich keine kommunistische Machtübernahme, sondern die Konsolidierung und der Ausbau des PKI-Einflusses. Deshalb initiierte die PKI den Putschversuch linker Offiziere und stand der "Bewegung des 30. September" beratend zur Seite, ohne dabei jedoch zu direkt in Erscheinung zu treten und vor allem ohne ihre Anhänger in irgendeiner Weise zu mobilisieren³.

Die Ereignisse um und nach dem 1. Oktober selbst sind allgemein bekannt: Die Putschisten ermordeten sechs Generäle, konnten den Verlauf der Ereignisse jedoch nur für wenige Stunden bestimmen. Suharto als Chef der Strategischen Einsatzreserve des Heeres (KOSTRAD) gelang es, die Lage unter Kontrolle zu bringen und zum entscheidenden Machtfaktor zu werden. In den Monaten nach dem Putschversuch wurde die PKI zerschlagen; hunderttausende ihrer Mitglieder und Anhänger wurden - teils von der Armee, teils von fanatisierten Anhängern islamischer Gruppen - in einem wahren Blutbad umgebracht.

Sukarno verhielt sich am Tag des Putsches zögernd und mußte in den folgenden Wochen und Monaten erleben, wie ihm nach dem Zusammenbruch des bisherigen Machtgleichgewichts nach und nach die Möglichkeiten aus der Hand glitten, den weiteren Gang der Ereignisse zu steuern. Am 11. März 1966 sah er sich gezwungen, Suharto offiziell zu ermächtigen, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Damit war der Regimewechsel de facto abgeschlossen, wenn auch Sukarno erst ein Jahr später, am 12.3.1967, endgültig abgesetzt und Suharto zum amtierenden Präsidenten ernannt wurde.

DIE POLITISCH-SOZIALEN GRUNDLAGEN DER 'NEUEN ORDNUNG'

Verglichen mit Sukarno hatte das neue Regime eine solidere Grundlage. Suharto konnte sich auf die konzentrierte Macht der Streitkräfte stützen, die ihren Hauptgegner nicht nur aus dem politischen Kräftefeld verbannt, sondern auch physisch liquidiert hatte.

Dennoch war und wurde die neue Ordnung trotz aller Militarisierungstendenzen kein Militärregime. Suharto versuchte von Anfang an, der "Neuen Ordnung" konstitutionelle Legitimität zu verleihen, indem er die neuen politischen Strukturen in den Rahmen der Verfassung von 1945 einpaßte und die Pancasila⁴ als grundlegende Staatsphilosophie noch stärker als Sukarno betonte. Darüberhinaus sind die ersten Jahre der "Neuen Ordnung" durch den Versuch charakterisiert, die gesellschaftliche Basis des Regimes zu verbreitern.

Diese Politik erwies sich in den Jahren des Umbruchs als recht erfolgreich. Suharto gelang es, die "Neue Ordnung" auf eine lockere und informelle Koalition aus Armee, Islam sowie Studenten und anderen Intellektuellen zu stellen. All diesen Gruppen war gemeinsam, daß sie - jeweils in unterschiedlicher Form und verschieden stark - unter den Auswirkungen der Politik Sukarnos gelitten hatten. Das neue Bündnis wurde durch die Gruppe der "Technokraten" ergänzt, oft in den USA ausgebildeten Wirtschaftswissenschaftlern (manchmal als "Berkeley-Mafia" bezeichnet), die eine wesentliche Rolle in der wirtschaftlichen Konsolidierungs- und Modernisierungspolitik spielten.

Die repressiven Maßnahmen der Armee richteten sich in dieser Anfangsphase ausschließlich gegen links, also gegen die PKI und den linken Flügel der PNI (Partai Nasional Indonesia). Hierbei glaubte man nicht zu Unrecht, mit einem hohen Maß an Zustimmung, wenn nicht gar Unterstützung, rechnen zu können. Mit Kritik und eventuellem Widerspruch anderer ging man bis Ende der sechziger Jahre eher behutsamer ("ziviler") um.

Schon bald deutete sich jedoch an, daß über kurz oder lang die Auseinandersetzungen mit Bündnispartnern der Jahre 1965/66 häufiger und schärfer würden. Die informelle Koalition war zu heterogen, als daß sie von langer Dauer sein konnte. Sie war als Anti-Sukarno-Bewegung entstanden und basierte nicht auf einem Gleichklang der Ziele, sondern auf temporärer Inter-

essenidentität.

Die Streitkräfte als gewichtigste Kraft im Anti-Sukarno-Bündnis verfolgten vor allem fünf Ziele:

- Zerschlagung der PKI, Ausschaltung der linken Kräfte in der PNI,
- Absicherung der "Dwifungsi", d.h. ihrer Doppelrolle als militärische und gesellschaftspolitische Kraft,
- Reorganisation der politischen Strukturen, um ideologische Konfrontationen und Parteienzersplitterung wie in den fünfziger Jahren zu verhindern und um zu vermeiden, daß sich eine starke Oppositionstendenz herausbildet (was nach der Zerschlagung der PKI nur eine islamische sein könnte),
- Realisation eines an wirtschaftlichem Wachstum und sozio-ökonomischer Modernisierung orientierten Entwicklungskonzepts,
- Schaffung eines den wirtschaftlichen Zielen entsprechenden politischen Klimas, Abkehr von "revolutionärer Rhetorik", Entpolitisierung der Gesellschaft.

Die Streitkräfte zielten also von Anfang an auf Dominanz ab: sie waren entschlossen, der neuerlichen Herausbildung labiler Machtstrukturen vorzubeugen und die Durchsetzung des von ihr favorisierten Entwicklungsweges sicherzustellen. "Stabilität beschleunigt Entwicklung, und Entwicklung stärkt Stabilität" - mit dieser oft benutzten Formulierung läßt sich das Konzept der Armeeführung zusammenfassen.

Die Ziele der zweiten Kraft des Anti-Sukarno-Bündnisses - der islamischen Gruppen - sind schwieriger zu bestimmen. Für den orthodoxen Islam in Indonesien ist gerade seine geographische, ethnische und institutionelle Zersplitterung charakteristisch, die zudem noch durch die Existenz zweier "Doktrinen" überlagert wird. Vereinfacht gesprochen tendieren die vor allem im ländlichen Java verankerten Traditionalisten zu einer strengen Auslegung der islamischen Lehre, sind jedoch gegenüber der für Java typischen synkretistischen Form der Religionsausübung tolerant, während die Modernisten zu einer flexibleren Interpretation der islamischen Quellen neigen, aber darauf bestehen, daß die Lebenspraxis allein auf islamischen Grundlagen basieren muß⁵. Trotz dieser Unterschiede gab es nach 1965 im islamischen Lager - was die politischen Perspektiven angeht - einen Minimalkonsens, der sich in folgenden Punkten zusammenfassen läßt:

- Zerschlagung der PKI, Eliminierung ihres geistigen Einflusses,
- Verankerung des orthodoxen Islam als dominantem Loyalitätsverband,
- Islamisierung des gesellschaftlichen Klimas,
- politische Konsolidierung des Islam (Wiederzulassung der 1960 verbotenen MASYUMI-Partei).

Die Studenten, die sich selbst als "angkatan 66" (66er-Generation) bezeichneten, erwiesen sich in den Monaten nach dem Putschversuch als eine wichtige Kraft beim endgültigen Sturz Sukarnos. Dabei umfaßte die studentische Opposition, die vor allem im Januar/Februar durch Demonstrationen in Erscheinung trat, nicht nur diejenigen, die bereits in den Jahren 1963-1965 in scharfe Auseinandersetzungen mit kommunistischen Studentengruppen verwickelt waren.

Auch diejenigen, die bisher die NASAKOM-Politik Sukarnos unterstützt hatten, schlossen sich in Reaktion auf die "Bewegung des 30. September" den oppositionellen Gruppen an. Ihre direkten Ziele faßten sie am 10. Januar 1966 in ihrer "Tritura" (Tri Tuntunan Rakyat - Drei Forderungen des Volkes) zusammen:

- Auflösung der PKI,
- Säuberung des Kabinetts von Ministern, die in die "Bewegung des 30. September" verwickelt waren,
- Senkung der Preise⁶.

Die studentischen Hoffnungen waren jedoch weiter gesteckt als "Tritura". Sie erwarteten vor allem eine Liberalisierung des geistigen Klimas, das in der letzten Phase der Sukarno-Ära dadurch geprägt war, daß der Präsident das Erziehungssystem für seine ideologische Indoktrinierungskampagne einspannen wollte, und alle Dozenten, die von seinen ideologischen Formeln und Leitlinien abwichen, mit Dispensierung rechnen mußten.

Dies bedeutete nicht, daß die Studenten auch politisch zu den Strukturen der fünfziger Jahre zurückkehren wollten. Die Bewegung der "angkatan 66" verfügte über keine langfristigen Konzeptionen, sondern verstand sich als Speerspitze in der Front gegen ideologische Indoktrination, Mißwirtschaft und sozialistische Trends der "Alten Ordnung". Nachdem sich die "Neue Ordnung" fest etabliert hatte, verschwand deshalb die Existenzberechtigung ihrer kurzfristigen Aktionseinheit.

Als langfristig wichtigster Bündnispartner der Armee erwiesen sich die "Technokraten". Ihre Ziele deckten sich mit den ökonomischen Absichten der Militärs:

- wirtschaftliche Stabilisierung durch Inflationsbekämpfung und eine ausgeglichene Haushaltspolitik,
- wirtschaftliche Öffnung nach außen durch Schaffung von Investitionsmöglichkeiten für ausländisches Kapital und durch verstärkte Weltmarktintegration der indonesischen Wirtschaft,
- wachstumsorientierte Modernisierungspolitik in Industrie und Landwirtschaft.

DER BRUCH DER 'INFORMELLEN KOALITION' UND DIE ENTPOLITISIERUNG DER GESELLSCHAFT

Der Bruch der "informellen Koalition" zeichnete sich bereits 1967 ab, als die Anhänger des modernistischen Islam auf ihre Rolle im Kampf gegen das Sukarno-Regime verwiesen und auf die Rehabilitation und Wiedezulassung ihrer Partei, der 1960 verbotenen MASYUMI, hofften. Ihre Anhängerschaft konzentrierte sich vor allem auf Westjava und die Außeninseln. Im Gegensatz zum traditionalistischen javanischen Islam hatte sie von jeher den politischen Anspruch der islamischen Lehre betont und damit zumindest implizit die Verwirklichung eines islamischen Staates in Indonesien gefordert. Aus dieser

Haltung erklärt sich auch ihre scharfe Kritik an der von Sukarno aus der Taufe gehobenen Pancasila.

Die Pancasila spielte jedoch auch in der politischen Konzeption Suhartos eine wesentliche Rolle, da sie eine tragfähige ideologische Grundlage für die Reorganisation der politischen Strukturen zu sein schien. Eine Abkehr konnte in den Augen der neuen Führung nur auf eine Stärkung des Islams als politischer, von der Armee schwer zu kontrollierender Kraft hinauslaufen und damit die Verwirklichung der eigenen politischen Absichten erschweren. Schon deshalb war Suharto zu keinem Zeitpunkt bereit, die MASYUMI wieder zuzulassen. Hinzu kam noch, daß die Mehrzahl des Offizierskorps keineswegs die Rolle dieser Partei bei den sezessionistischen Rebellionen der fünfziger Jahre und die damaligen eigenen Verluste vergessen hatte⁷.

Da sich die Regierung andererseits nicht dem Vorwurf aussetzen wollte, anti-islamisch zu sein, legalisierte sie im Februar 1968 offiziell die bereits im April 1967 gegründete PARMUSI (Partai Muslimin Indonesia), machte allerdings zur Bedingung, daß kein ehemaliger MASYUMI-Führer im Parteivorstand vertreten sein dürfte. Dennoch wählte der Parteitag im November 1968 den ehemaligen MASYUMI-Politiker Mohammad Roem zum Vorsitzenden, mit der Konsequenz, daß die Regierung die Partei zwang, diese Wahl zu annullieren und einen anderen Vorsitzenden zu wählen. Dieser Eingriff sollte nicht der einzige bleiben: nach parteiinternen Auseinandersetzungen erließ Suharto 1970 ein Dekret, mit dem er die Parteiführung absetzte und einen seiner Minister zum Parteichef ernannte⁸.

Spätestens mit dieser Maßnahme war das Bündnis von Armee und Islam zerbrochen. Wie schon die Holländer und später Sukarno unterschied auch Suharto zwischen der religiösen und der politischen Dimension islamischen Denkens und war nur bereit, der religiösen einen Platz im System der "Neuen Ordnung" einzuräumen. Angesichts der inneren Dynamik vor allem des modernistischen Islam war damit bereits eine Frontstellung für die kommenden Jahre vorprogrammiert.

Die Auseinandersetzung mit der PARMUSI ist nur ein Beispiel dafür, daß Suharto Ende der sechziger Jahre die Zügel anzog. Auch die PNI mußte sich Eingriffe der Regierung gefallen lassen. Beobachter sprachen von einer "Militarisierung" des Regimes, obwohl auch weiterhin prominente Zivilisten wie Adam Malik und Sultan Hamengkubuwono IX von Yogyakarta Führungspositionen innehatten. Beide büßten aber an politischem Einfluß ein, da die Entscheidungen des Präsidenten verstärkt im Kreis seiner engsten militärischen Berater (ASSPRI) vorbereitet wurden⁹. Eine Schlüsselrolle in diesem Zirkel spielte General Ali Murtopo, der gleichzeitig für politische "Sonderoperationen", d. h. für politische Aktionen mit geheimdienstlichen Mitteln, zuständig war. Von ihm ging auch der Plan aus, das gesamte Parteiensystem Indonesiens zu verändern und der "Neuen Ordnung" einen von den traditionellen Parteien unabhängigen politischen Apparat zu verschaffen. Ab 1969 gab das Regime deshalb die bisherige Politik der Balance zwischen dem Versuch, die Parteien zu disziplinieren, und der Bereitschaft, sie zu akzeptieren, zugunsten einer

grundsätzlichen Reorganisation des politischen Lebens auf.

Dabei bediente es sich eines Instruments, das bereits in der Verfassung von 1945 erwähnt war und durch das ursprünglich sichergestellt werden sollte, daß parteipolitisch wenig berücksichtigte gesellschaftliche Gruppen im politischen Leben repräsentiert wurden. Allerdings hatten diese "Golongan Karya" (funktionellen Gruppen) bis 1957 eher ein Schattendasein geführt. Trotz ihrer Vertretung in den Institutionen der "Gelenkten Demokratie" hatten sie sich auch in dieser zweiten Phase nicht als realer Machtfaktor erwiesen. 1964 zu einem Gemeinsamen Sekretariat (Sebker Golkar - Sekretariat Bersama Golongan Karya) zusammengeschlossen, unterstützten sie in den letzten Jahren der Sukarno-Ära unter der Ägide der Armee die antikommunistischen Parteien¹⁰.

Suhartos Berater sahen in diesen mehr als 200 heterogenen und schlecht organisierten Gruppen ein mögliches Gegengewicht zu den traditionellen Parteien. Als ersten Schritt zu ihrer Aktivierung schuf das Wahlgesetz von 1969 die Möglichkeit für Golongan Karya, als selbständige politische Kraft an den für 1971 geplanten Wahlen teilzunehmen. In den folgenden Monaten begann der Kreis um Ali Murtopo, Sebker Golkar zu reorganisieren.

Die Mitgliedsverbände wurden in sieben Grundorganisationen (Kelompok Induk Organisasi) zusammengefaßt, die - als "Hauptsäulen" von GOLKAR - militärisch geführt wurden. Parteipolitisch gebundene funktionelle Gruppen sowie einige andere Vereinigungen wurden bei dieser Neuorganisation nicht berücksichtigt, also de facto ausgeschlossen¹¹. Auf diese Weise entstand eine Föderation, die den Vorteil hatte, viele Einzelgruppen (abhängig Beschäftigte, religiöse Organisationen, militärische Massenorganisationen wie die Veteranen, Akademiker, Entwicklungskräfte und Technokraten) zu umfassen und gleichzeitig - da von oben organisiert und kontrolliert - politisches Kampfinstrument der "Neuen Ordnung" zu sein. GOLKAR trat unter dem Motto "Entwicklung statt Politik" an und präsentierte sich somit als Träger eines überparteilichen Allgemeininteresses (und nicht etwa als eine Partei unter anderen)¹².

Mit der Reorganisation und Etablierung von GOLKAR war der Prozeß der Golkarisierung nicht abgeschlossen. Die zweite Phase verhalf den in GOLKAR zusammengeschlossenen Organisationen zu einer Monopolstellung. Diese Entwicklung begann im öffentlichen Dienst, als die Regierung im Zuge der "Entpolitisierung" die Regierungsbeamten zwang, aus Parteien und Gewerkschaften auszutreten. Sie mußten sich stattdessen den in GOLKAR inkorporierten "KORPS KARYAWAN" (KOKAR) anschließen, die entsprechend der Diensthierarchie organisiert und die später zum unter dem Vorsitz des Innenministers stehenden "Korps der Beamten der Republik Indonesien" (Korp Pegawai Republik Indonesia - KORPRI) zusammengefaßt wurden. Neben den Beamten waren noch weitere Beschäftigte betroffen, vor allem die der öffentlichen Betriebe, so daß mehr als 50 % der Arbeitnehmer erfaßt werden konnten¹³.

Wichtiger als dieser quantitative Umfang erwies sich jedoch ein qualitativer Gesichtspunkt: da alle hauptberuflichen Dorfbürgermeister (Lurah) vom

Innenministerium abhängige Beamte sind, ist GOLKAR de facto bis in die Dörfer hinein politisch präsent. Den politischen Parteien ist seit 1971 dieser Zugang verwehrt: sie dürfen sich nicht mehr unterhalb der Kabupaten-(Kreis-) Ebene organisieren¹⁴. GOLKAR, für die dieses Verbot formal auch gilt, ist durch die Präsenz auf Lurah-Ebene de facto nicht betroffen.

DIE WAHLEN VON 1971 UND DIE "VEREINFACHUNG" DES PARTEIEN-SYSTEMS

Hatten die Parteien GOLKAR im Jahre 1969 noch als nicht ernsthaften Konkurrenten angesehen, wurde vor den Wahlen im Juli 1971 immer deutlicher, daß dies eine Fehleinschätzung war. Die meisten Beobachter rechneten mit einem guten Abschneiden, waren aber dennoch von dem unerwartet eindeutigen Ergebnis überrascht: GOLKAR konnte 62,8 % aller Stimmen auf sich vereinigen, während die PNI nur noch auf knapp 7 % kam. Die traditionalistisch-islamische NU konnte mit 18,7 % ihren Anteil von 1955 halten, während die neugegründete PARMUSI mit 5,4 % bei weitem nicht an die früher von der MASYUMI erzielten Ergebnisse (1955 über 20 %) heranreichte¹⁵.

Diese Zahlen zeigen, daß GOLKAR offensichtlich nicht nur von den Anhängern der alten Regierungspartei Sukarnos, der PNI, gewählt wurde, sondern auch große Teile der ehemaligen PKI-Wähler für die neue Organisation votiert haben mußten¹⁶. Dieser Erfolg kann nicht ausschließlich auf Druck und Einschüchterung zurückgeführt werden. Der Trend zu GOLKAR wurde dadurch verstärkt, ist aber damit allein nicht zu erklären. Wichtiger ist, daß es dem Regime gelungen war, einflußreichen Anhängern vor allem der PNI (und damit aufgrund der verbreiteten Patron-Klient-Beziehungen vielen Wählern) zu verdeutlichen, daß es keinen Einfluß der Parteien auf die Machtstrukturen mehr geben werde. Die Rolle der PNI beruhte jedoch vor allem auf diesem direkten Zugang zur Macht und den damit verbundenen Patronagemöglichkeiten. GOLKAR war es gelungen, im Bewußtsein der Wähler dieses Erbe anzutreten. Dementsprechend drückte der Wahlsieg keinen Bruch mit den für Indonesien typischen primordialen Loyalitätsbindungen aus.

Auch das relativ gute Abschneiden der islamischen NU belegt diese These, da offensichtlich der durch sie repräsentierte Loyalitätsverband trotz der erwähnten Einschüchterung durch die Armee nicht ins GOLKAR-Lager übergewechselt war¹⁷. Der Übergang von der "Alten" zur "Neuen Ordnung" hatte also die gesellschaftlichen Loyalitätsstrukturen nur unwesentlich verändert. Der Gegensatz von abangan und santri, also von javanisch-synkretistisch geprägten Moslems und Anhängern eines orthodoxen (sei es traditionalistischen, sei es reformistischen) Islam erwies sich weiterhin als dominantes Grundmuster der indonesischen Gesellschaft.

GOLKAR fand seine Wählerbasis zumindest auf Java in den sehr heteroge-

nen Nicht-Santri-Strömungen, ohne sich jedoch als ihr ideologischer Repräsentant verstanden zu haben. Im Verständnis der GOLKAR-Führung, deren konkrete Politik sich an den Interessen der Armee und den Konzeptionen der Technokraten orientierte, kam dieser Basis eine im wesentlichen passive Rolle von "Unterstützern" zu.

Der Wahlsieg von GOLKAR verschaffte dem Regime die erstrebte parlamentarische Basis. Diese fiel noch deutlicher als die prozentuale Verteilung der Wählerstimmen aus, da das Wahlgesetz festlegt, daß ein Teil der Abgeordneten sowohl des Parlaments (DPR) als auch der Beratenden Volksversammlung (MPR) ernannt wird¹⁸. Damit war der Weg zur Wiederwahl Suhartos auf der für März 1973 vorgesehenen MPR-Sitzung und zur Fortsetzung der eingeschlagenen Politik frei. Die politische Restrukturierung war jedoch aus Sicht der Armee noch nicht abgeschlossen, da das Parteiensystem noch nicht im gewünschten Sinne "vereinfacht" war. Nachdem Suharto und Murtopo bereits vor der Wahl dieses Ziel angedeutet hatten, erfolgten im Oktober 1971 erste konkrete Schritte: die vier Moslem-Parteien wurden vom Präsidenten aufgefordert, eine gemeinsame Fraktion (PERSATUAN PEMBANGUNAN - Vereinigte Entwicklung) zu bilden; die säkularen und christlichen Parteien sollten sich zur Demokratischen Entwicklungsfraktion (DEMOKRASI PEMBANGUNAN) zusammenschließen.

Diese Fraktionsgemeinschaften waren der erste Schritt zur von der Regierung favorisierten Parteienfusion, gegen die sich nur geringer Widerstand erhob, da die meisten Parteien inzwischen von regierungstreuen Funktionären geführt wurden und es Ali Murtopo gelang, die Widerstrebenden mit Manipulationen auf Regimekurs zu bringen. Im Januar 1973 schlossen sich die vier Moslem-Parteien zur "PARTAI PERSATUAN PEMBANGUNAN - PPP" (Vereinigte Entwicklungspartei) zusammen. Angesichts der unterschiedlichen Traditionen der bisherigen Parteien konnte eine derartige Fusion nicht ohne Probleme sein. Innere Auseinandersetzungen waren vorprogrammiert und bildeten ein potentiell Hindernis für den Erfolg der PPP. Hinzu kam noch, daß Suharto den Verzicht auf einen "ideologischen Parteinamen" (wie z. B. "Islamische Partei") durchgesetzt hatte. Dennoch erwies sich die PPP aufgrund der gemeinsamen Religion als stärker und kohäsiver, als 1973 vermutet werden konnte.

Die ebenfalls im Januar 1973 aus der "Demokratischen Entwicklungsfraktion" hervorgegangene "PARTAI DEMOKRASI INDONESIA - PDI" (Demokratische Partei Indonesiens) litt dagegen von Anfang an unter dem doppelten Handicap der Heterogenität ihrer Elemente und des Verlustes der politischen Identität. Zusätzlich zu den unterschiedlichen Ideologien ihrer unterschiedlichen Segmente schwächten noch Fraktionskämpfe innerhalb ihrer Einzelgruppen die neue Partei. Vor allem fehlte ihr ein einigendes Band, wie es für die PPP der Islam darstellt.

Trotz der internen Auseinandersetzungen und Skandale wie z. B. vor allem der Malari-Affäre, des Pertamina-Debakels und des Bulog-Korruptionsskandals in den Jahren 1972-1977 gelang es der Regierung, sich als einzige Stabi-

lität und Kontinuität garantierende Kraft darzustellen¹⁹.

Die Wahlergebnisse 1977 bestärkten die Dominanz GOLKARS in der indonesischen Politik. Mit 62,11 % der Stimmen lag sie nur 0,69 % unter dem Ergebnis von 1971. Die PPP konnte mit 29,29 % ihren Stimmenanteil um 2,18 % ausbauen (1971 hatten alle islamischen Parteien zusammen 27,11 % erhalten), während die PDI auf 8,6 % absank (der Stimmenanteil der in ihr zusammengefaßten Parteien hatte 1971 10,09 % betragen²⁰). In den Monaten nach der Wahl - also in der Phase der Vorbereitung des MPR-Plenums und der Präsidentenwahl - zeigte sich jedoch, daß sich trotz des GOLKAR-Sieges die oppositionellen Strömungen weiter artikulierten und formierten.

REGIMEKRITIK UND DISSENS 1972-80

"Regimekritik" hat in Indonesien unterschiedliche Träger und sehr verschiedenartige Dimensionen. Ulf Sundhausen²¹ unterscheidet zwischen drei Typen des Dissens:

- "konstruktive" Kritik an spezifischen Einzelaspekten des politischen Prozesses,
- grundlegende Kritik am System der "Neuen Ordnung" und der Rolle der Armee im politischen Leben Indonesiens,
- ambivalente Kritik zwischen diesen beiden Extremen.

Kritik der ersten Kategorie wird vor allem von Regimeanhängern selbst geübt, sei es, um die "Neue Ordnung" zu verbessern, sei es, um durch die Kritik an offensichtlichen Regimeschwächen die Akzeptanz zu erhöhen. Dissens des zweiten Typs wird selten offen geäußert, weil dies mit erheblichen persönlichen Risiken verbunden wäre und "Alternativmodelle" zur "Neuen Ordnung" wenig Anziehungskraft auf die Masse der indonesischen Bevölkerung haben. Widerspruch zum Regime artikuliert sich deshalb meist in einer ambivalenten Form. Dies gilt - wenn auch jeweils in unterschiedlichen Formen - für alle potentiell "regimekritischen" Gruppen:

- Studenten und Aktivisten im studentischen Umfeld,
- moslemische Parteipolitiker oder "extremere" Moslems außerhalb der PPP,
- Offiziere und andere "Prominente, die mit dem gegenwärtigen Kurs der "Neuen Ordnung" unzufrieden sind (häufig Veteranen und bereits pensionierte Amtsträger)²².

Diejenigen, die 1977/78 am schärfsten Widerspruch gegen die Politik Suhartos einlegten, war die Studenten²³. Ihre Aktivisten kritisierten den Präsidenten persönlich wegen der um sich greifenden Korruption auf höchster Ebene. Darüber hinaus war in ihren Augen die Wirtschafts- und Entwicklungspolitik des Regimes verfehlt, weil sie zu wachsenden Einkommensdisparitäten führe und sie das Land von ausländischen Krediten und multinationalen Konzernen abhängig gemacht habe. Deshalb benötige das Land eine neue Führung,

und es sei besser, wenn sich Suharto nicht mehr zur Wahl stelle. Stattdessen solle der frühere Gouverneur von Jakarta, Marinegeneral Ali Sadikin, Präsident werden.

Schwerpunkt der studentischen Aktivitäten war Bandung, aber auch andersorts fanden Demonstrationen gegen das Regime statt. Als im Februar 1978 mehrere Zeitungen ausführlich über die Forderungen der studentischen Aktivistinnen berichteten, war die Toleranzgrenze des Regimes überschritten. Die Opposition wurde mit Hilfe des Militärs unterdrückt.

Die Opposition im Vorfeld der Präsidentenwahlen vom 22. März 1978 beschränkte sich nicht auf studentische Aktivistinnen. Auch islamische Persönlichkeiten hatten sich zu Wort gemeldet und nicht nur die Zurückdrängung des islamischen Einflusses im politischen Leben beklagt, sondern auch an der sich ausweitenden Kluft zwischen Arm und Reich und an der verbreiteten Korruption Kritik geübt. Die Ergebnisse der Parlamentswahl hatten das islamische Lager darin bestärkt, die soziale Unzufriedenheit aufzugreifen, da der Wahlerfolg der PPP in Jakarta²⁴ möglicherweise eher mit sozial als mit religiös motivierter oppositioneller Stimmung zu erklären war. Trotz aller Heterogenität der islamischen Strömungen blieb das islamische Lager ein wichtiger potentieller Gegner des Regimes, denn es verfügte - anders als etwa die Studenten - auf der gemeinsamen Grundlage der Religion über eine gesicherte Identität. Alle Anstrengungen der Regierung mußten also darauf hinauslaufen, den politischen Stellenwert dieser Grundlage auszuhöhlen - ein Prozeß, der seit 1980 offen betrieben wird und zur Zeit noch nicht abgeschlossen ist.

Die dritte oppositionelle Strömung, die in den Jahren nach 1977 Gestalt annahm, stellte für das Regime die größte Herausforderung dar, da ihr mit repressiven Mitteln kaum beizukommen war. Prominente, inzwischen pensionierte Anhänger der "Neuen Ordnung" aus den Anfangsjahren trugen plötzlich nicht mehr nur individuell kritische Äußerungen zum politischen Kurs vor, sondern in organisierter Form. Eine dieser neuen Organisationen war "LEM-BAGA KESADARAN BERKONSTITUSI" (LKB), der "Bund für konstitutionelles Bewußtsein". Vorsitzender war der frühere Vizepräsident Hatta. Daneben gehörten prominente Militärs sowie wichtige Persönlichkeiten des zivilen Lebens diesem Kreis an. LKB repräsentierte kein konkretes Programm, sondern stellte sich die Aufgabe, zur Sicherung einer korrekten verfassungsmäßigen Ordnung beizutragen. Führende LKB-Mitglieder beklagten, das Land habe eine "Politik-Phobie" entwickelt und versuche, alle politischen Probleme bürokratisch-administrativ zu lösen. Das führe zu einem Mangel an Demokratie und widerspreche der indonesischen Verfassung. Das gelte auch für das "Delegationsverfahren" bei der Zusammensetzung von DPR und MPR, das das Prinzip der Volkssouveränität verletze, sowie für die Existenz nicht-konstitutioneller Institutionen wie z. B. KOPKAMTIB (dem Geheimdienst).

Eine weitere regierungskritische Organisation innerhalb der Armee war das "FORUM STUDI DAN KOMUNIKASI" (FOSKO) - Forum für Studien und Kommunikation, das aus pensionierten höheren Offizieren bestand und 1979

mit Genehmigung des Stabschefs der Armee eingerichtet worden war²⁶. FOSKO sollte die Armeeführung in verschiedenen Angelegenheiten beraten und entwickelte sich zu einer Einrichtung mit ähnlicher politischer Grundorientierung wie LKB. Während sich jedoch dieses in erster Linie an die breite Öffentlichkeit wandte, richtete sich jenes eher an die aktiven Armeeeoffiziere, um sie zu einem Überdenken ihrer gesellschaftlichen Rolle zu veranlassen. FOSKO griff dabei viele problematische Regierungsentscheidungen auf, blieb jedoch nicht bei der Kritik einzelner Fehler stehen, sondern stellte grundlegende Mechanismen des politischen Prozesses in Frage. Die Dominanz der Regierung innerhalb von GOLKAR war aus Sicht des FOSKO problematisch, weil GOLKAR damit nicht mehr den Willen des Volkes widerspiegeln könne, sondern zu einem Instrument der Durchsetzung der politischen Ziele der militärischen Führung werde. Zwar müsse das Prinzip der "Dwi-fungsi" der bewaffneten Streitkräfte aufrechterhalten werden, da die Armee ein wichtiger Stabilisator der nationalen Politik bleiben müsse, aber dieses Konzept verlange parteipolitische Unabhängigkeit sowie einen Verzicht auf Zwang und auf unkonstitutionelle Mittel im politischen Prozeß. Konkret bedeute dies, für die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament zu sorgen, Kontrollmechanismen zu schaffen, durch die das Volk vor ökonomischer Ausbeutung geschützt werde, und rechtsstaatliche Verfahren sicherzustellen. Verfassungswidrige Institutionen wie KOPKAMTIB seien abzuschaffen²⁷.

Kritische Äußerungen wurden auch innerhalb von GOLKAR laut. Isman, der Führer einer wichtigen in GOLKAR inkorporierten Organisation, verlangte im Juli 1978 öffentlich, das Verhältnis zwischen GOLKAR und dem Militär müsse verändert werden. GOLKAR solle sich zu einer regierungsunabhängigen Organisation entwickeln, um eigene Ideen in das politische Leben einzubringen. Allerdings erwies sich auf dem zweiten Nationalen Kongreß, daß Isman eine Minderheitsposition vertrat und nur 75 von 1200 Delegierten hinter sich hatte.

Die hier zitierten kritischen Äußerungen beleuchteten nur ausschnittsweise die politischen Kontroversen Ende der siebziger Jahre. Ihren Höhepunkt erreichten sie in den Jahren 1980-1982. Die politische Auseinandersetzung entzündete sich dabei an zwei kontroversen Reden des Präsidenten. Suharto hatte all die Gruppen scharf angegriffen, die sich nicht voll an der Pancasila orientierten, sondern an "Wertsystemen der Vergangenheit wie Marxismus, Leninismus, Kommunismus, Sozialismus, Marhaenismus²⁸, Nationalismus und Religion". Alle Parteien und GOLKAR sollten jedoch nur eine Grundlage (asas tunggal) haben: die Pancasila. Zusätzliche Prinzipien provozierten Zweifel, wie es mit der Hingabe an die Pancasila bestellt sei. Gewisse ideologische Gruppen verbreiteten Gerüchte, diskreditierten die Regierung und beschuldigten ihn und seine Familie der Korruption. Absicht dieser Anti-Pancasila-Gruppen sei, auf diese Weise die Pancasila und die Verfassung von 1945 zu zerstören²⁹.

Die islamischen Gruppen reagierten eher defensiv. Die PPP befürchtete, bei der ausschließlichen Festlegung auf die Pancasila ihre Identität zu ver-

lieren und betonte deshalb, Islam und Pancasila seien keine Antagonismen, sondern könnten Seite an Seite koexistieren. Deutlicherer Widerspruch kam von FOSKO- und LKB-Mitgliedern. Gemeinsam mit weiteren prominenten Persönlichkeiten unterbreiteten sie dem Parlament im Mai 1980 eine von fünfzig Personen unterschriebene Erklärung³⁰, in der sie Suharto vorwarfen, die Pancasila auf eine Weise zu interpretieren und zu benutzen, um politische Opponenten zu bedrohen, wohingegen die Gründer der Republik die Nation auf der Pancasila einen wollten. Die Reden erweckten ferner den Eindruck, als ob sich Suharto als Personifikation der Pancasila verstehe. Außerdem dränge der Präsident die Armee dazu, Partei zu ergreifen, statt über den gesellschaftlichen Gruppen zu stehen. DPR und MPR sollten sich deshalb kritisch mit beiden Reden beschäftigen.

Diese Erklärung (und noch schärfere Äußerungen von General Jasin, der die persönliche Integrität Suhartos öffentlich in Frage stellte) löste unterschiedliche Reaktionen aus. Die PPP tat alles, um nicht in politische Machtkämpfe verwickelt zu werden; ihre Parlamentsfraktion verzichtete darauf, die Behandlung der Erklärung im Parlament zu verlangen. Studentische Gruppen und Bürgerrechtler verhielten sich recht passiv; auch in der Armee war die Resonanz gering.

Das Regime selbst reagierte "flexibel". Da man die prominenten Persönlichkeiten nicht verhaften wollte, übte man ökonomischen Druck aus, indem einigen geschäftlich engagierten Unterzeichnern Kredite aus "nicht-technischen Gründen" gesperrt und wichtige Verträge mit ihren Unternehmen nicht abgeschlossen wurden. Prominenten pensionierten Militärs wurden Privilegien entzogen. Um die Wirkung des öffentlichen Dissens zu begrenzen, wurden alle Medien angewiesen, über die Erklärung nicht zu berichten. Als sich zeigte, daß eine Verbreitung des Textes nicht zu verhindern war (er wurde im indonesischen Programm von Radio Australien verlesen und in tausenden von Kopien in Jakarta verteilt), versuchte KOPKAMTIB, die Unterzeichner öffentlich mit der Behauptung zu diskreditieren, sie hätten einen Coup d'état geplant und beabsichtigt, Suharto und 75 andere führende Persönlichkeiten zu ermorden³¹.

DIE KONSOLIDIERUNG DES GESELLSCHAFTSMODELLS 'NEUE ORDNUNG'

So dramatisch der äußere Eindruck auch war, den die Ereignisse und noch stärker die Gerüchte von 1980 hinterließen: eine Regimekrise hat damals nicht stattgefunden. Alle politischen Entwicklungen der folgenden Jahre bestätigten die relative Stabilität der "Neuen Ordnung" und die Kontinuität des politischen Prozesses. Der Wahlkampf und die Wahlen des Jahres 1982 verliefen - von einigen gewalttätigen Zwischenfällen abgesehen - relativ ruhig und brachten wiederum das "gewünschte" Ergebnis: GOLKAR schnitt um

2,23 % besser als 1977 ab (und erreichte 64,34 %), während die PPP (mit 27,78 %) 1,5 % und die PDI (mit 7,88 %) 0,72 % einbüßten³². Auch die MPR-Plenarsitzung im März 1983 verlief ohne Überraschungen: Suharto wurde bis 1988 wiedergewählt. Vor allem seine personellen Entscheidungen zu Beginn der neuen Amtszeit zeigten, daß seine Stellung in der Regimespitze genauso stark war wie in der Vergangenheit. Dies gilt insbesondere für die personellen Verschiebungen und Umbesetzungen innerhalb der Streitkräfte³³.

Stabilität an der Regimespitze ist jedoch nicht automatisch gleichbedeutend mit Stabilität eines Regimes. Hierzu bedarf es vor allem einer festen gesellschaftlichen Basis. In den Anfangsjahren bildete das Bündnis von Militär, Studenten, islamischen Gruppen und Technokraten die Grundlage. Nachdem diese Koalition an ihrer Heterogenität zerbrochen war, schien es für eine Weile, als basiere die "Neue Ordnung" allein auf der Stärke der Streitkräfte und der durch geschickte Schachzüge des Regimes begünstigte Schwäche aller potentiellen Gegner. Dabei wurde leicht übersehen, daß es dem Kreis um Suharto gelungen war, in den durch wirtschaftliches Wachstum geprägten siebziger Jahren eine neue Allianz zu schmieden, die - anders als die Koalition von 1965 - nicht das labile Produkt einer vergangenen Krise, sondern das Resultat gemeinsamer Zukunftsinteressen war. Dieses Bündnis bestand neben den Streitkräften im wesentlichen aus Technokraten und Teilen der Intelligenz, chinesischen und einheimischen Geschäftsleuten und den Bürokraten³⁴.

Sie hatten von den tiefgreifenden sozio-ökonomischen Veränderungen Indonesiens in den siebziger Jahren, die durch die Öffnung des Landes für ausländisches Kapital und die damit verbundene "Modernisierungspolitik" eingeleitet wurden, am meisten profitiert. Das gilt gleichermaßen auch für eine - im Vergleich zu den Gegebenheiten im Lande - recht wohlhabende "Neue Mittelklasse" vor allem in den Städten³⁵. Die "Neue Ordnung" mit ihren spezifischen politischen Strukturen scheint zur Zeit für alle an dieser gesellschaftlichen Allianz Beteiligten die Gewähr dafür zu bieten, daß dieser für sie so erfolgreiche Kurs fortgesetzt wird.

Für die Streitkräfte selbst hatte das "Gesellschaftsmodell" der "Neuen Ordnung" nicht nur für ihr Führungspersonal ökonomische Vorteile. Hinzu kam, daß die vergangenen zwanzig Jahre die stabilste Periode in der Geschichte des unabhängigen Indonesien darstellten. Nicht nur die Zerschlagung der PKI hatte das Land aus militärischer Sicht stabilisiert, sondern auch das Ende regionalistischer und sezessionistischer Bewegungen (sieht man einmal von den Sonderfällen Ost-Timor und West-Irian ab) und bewaffneter islamischer Aufstände. Die gesellschaftliche und politische Dominanz der Streitkräfte war unter der "Neuen Ordnung" zum ersten Mal unangefochten. Deshalb hat sich auch durch den inzwischen abgeschlossenen Generationswechsel nichts daran geändert, daß die Streitkräfte der verlässlichste Träger der "Neuen Ordnung" sind.

"Stabilität" ist jedoch kein statischer Zustand, sondern ein dynamischer Prozeß. Nicht alle politischen, sozialen und ökonomischen Einflußfaktoren, denen Indonesien ausgesetzt ist, sind vom Regime selbst zu steuern. Vor

allem im wirtschaftlichen Bereich setzen sowohl von außen gesetzte neue Faktoren wie auch eigene Entscheidungen eine oft unvorhergesehene Eigen-
dynamik frei. Stabilität ist also nur dann garantiert, wenn die Führung zu
Veränderungen und Anpassungen bereit und in der Lage ist. Um die Flexibili-
tät des Regimes in dieser Hinsicht zu beurteilen, ist es notwendig, die wich-
tigsten ökonomischen Entwicklungen seit Beginn der "Neuen Ordnung" zu re-
kapitulieren.

DIE WIRTSCHAFTS- UND ENTWICKLUNGSPOLITIK DER "NEUEN ORDNUNG"

Nach dem Machtwechsel mußte das neue Regime angesichts der ökonomischen
Hinterlassenschaft Sukarnos eine schwere Bürde übernehmen: waren doch die
Dekade der 60er und besonders die Jahre 1964-66 von galoppierender Inflation,
dem Zusammenbruch der ökonomischen Infrastruktur und dem Rückgang von
Produktion und Exporten gekennzeichnet. Die Inflationsrate erreichte 1966
680 %. Zudem betrug die Wachstumsrate zwischen 1958 und 1966 nicht mehr
als 2 %, während gleichzeitig die Bevölkerung geschätzt um 2,3 %, die ar-
beitsfähige Bevölkerung sogar um 3,2 % jährlich wuchs. Parallel dazu war
die Auslandsverschuldung so stark angestiegen, daß sie 1967 69 % der Export-
erlöse an Zinsen und Tilgung verschlang³⁶. Sukarno selbst hatte noch kurz
vor dem Umsturz am 30. September 1965 in einer Botschaft an den Nationalen
Bauernkongress die ökonomischen Probleme - vor allem die Inflation - in
einer Weise beschrieben, die ausländische Beobachter als totalen Bankrott
seiner Wirtschaftspolitik werteten³⁷.

Suharto ließ deshalb schon am 25. November dieses Jahres eine neue natio-
nale Wirtschaftspolitik für das Folgejahr verkünden, die einerseits auf die
Wiedergewinnung des ökonomischen Gleichgewichtes nach innen und außen und
andererseits innenpolitisch unter dem Slogan "Entwicklung vor Politik" auf
die Wiederherstellung neuer Stabilität zielte. "Man müsse", so definierte er
seine "Neue Ordnung", "den Leuten den Magen füllen."³⁸ Unter der Parole
"Stabilität beschleunigt Entwicklung und Entwicklung stärkt Stabilität" hoffte
die neue Führung, die von Sukarno hinterlassenen ökonomischen und innen-
politischen Probleme zu überwinden. Insbesondere war Suharto entschlossen,
die Reputation seiner Regierung mit dem Erfolg der Wirtschaftspolitik zu
verbinden³⁹.

Nachdem der neue Minister für Wirtschaft und Finanzen, Sultan Hamengku-
bowono IX., am 4. und 12. April 1966 wirtschaftliche Reformen angekündigt,
dabei jedoch gleichzeitig vor übertriebenen Hoffnungen gewarnt hatte, vollzog
die Regierung in drei Schritten die ökonomische Stabilisierung:

- Die erste Phase ab 3. Oktober 1966 verfolgte die Ziele, den Haushalt aus-
zugleichen, um die galoppierende Inflation zu bremsen, den Außenhandel
durch die Festlegung neuer Währungsparitäten zu fördern, ausländische

Investitionen anzuziehen, den stark überbesetzten bürokratischen Regierungsapparat zu reformieren⁴⁰ und den Banken Krediterleichterungen einzuräumen.

- Die zweite Phase begann am 10. Februar 1967, als Preisbereinigungen, besonders für Nahrungsmittel, erfolgten und die Industriebetriebe von der regierungsamtlichen Aufsicht beim In- und Export befreit wurden.
- Die dritte Phase ab 28. Juli 1967 betraf vor allem Exporterleichterungen.

Gleichzeitig führte die Regierung ab 1966 Verhandlungen mit den westlichen Hauptgläubigern, um die Auslandsschulden neu zu ordnen und für die geplante ökonomische Entwicklung neue Kredite zu erhalten⁴¹. Am 31. Dezember 1968 endlich beschloß das Kabinett den ersten Fünf-Jahr-Plan (Rencana Pembangunan) Lima Tahun 1969-70/1973-1974 - Repelita I). Seine hochgesteckten Entwicklungsziele⁴² konzentrierten sich vor allem auf die Entwicklung dreier als kritisch zu betrachtender Bereiche: Landwirtschaft, Infrastruktur sowie Bergbau und Industrie. Da die Wirtschaft seit Ende der Sukarno-Ära für ausländisches Kapital geöffnet war und dem OPEC-Land vor allem seit der Ölpreisexplosion ab 1974 - trotz des temporären Einbruchs im Zuge der PERTAMINA-Krise 1974/75 - in der Regel genügend Devisen zur Verfügung standen, wurden vor allem ambitionierte industrielle Großprojekte aufgezogen. Da die politische Öffnung zum Westen gleichzeitig Entwicklungskredite reichlich fließen ließ, stand der Realisierung der ehrgeizigen Vorhaben wenig im Wege. Die folgenden Fünf-Jahr-Pläne Pelita II und III⁴³ setzten diese wachstumsorientierte Modernisierungspolitik fort.

Vereinfacht gesagt, liefen die Anstrengungen darauf hinaus, im industriellen Bereich zunächst die Importsubstitution voranzutreiben und später mit der Weiterverarbeitung eigener Rohstoffe mittels kapitalintensiver Produktionsmethoden zu beginnen⁴⁴. Mit jährlichen Wachstumsraten bis zu 13,7 % in den Jahren 1970-1980 galt Indonesien als "Paradebeispiel" einer wachstumsorientierten, westlichen Modernisierungspolitik⁴⁵.

Die ländliche Entwicklung stand ebenfalls ganz im Zeichen der Modernisierung. Oberste Priorität hatte hier die Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion, besonders des Reisangebotes. Obwohl nur durchschnittliche Zuwachsraten von 4 % pro Jahr zu verzeichnen waren, gelang es dennoch, die Produktion von 13,3 Mill. Tonnen im Jahr 1970 auf 19,9 Mill. Tonnen im Jahr 1980 zu steigern⁴⁶. Trotzdem war Indonesien 1980 noch der größte Reisimporteur. Durch nochmals verstärkte Anstrengungen und begünstigt durch die gute Wetterlage konnten 1983/84 Rekordmengen eingefahren werden, so daß das Land sich nicht nur zum ersten Male selbst versorgen, sondern zum Entsetzen seiner bisherigen Lieferanten, vor allem Thailands, selbst als Exporteur auftreten konnte⁴⁷.

Dieser Erfolg wurde mit Hilfe internationaler Organisationen und multinationaler Konzerne durch die "BIMAS"⁴⁸ genannte indonesische Variante der "Grünen Revolution"⁴⁹ erzielt. Sie beinhaltete die Einführung neuer Hochleistungsreissorten, des sogenannten Wunderreises⁵⁰, der durch seine besonderen Anbaubedingungen (Verwendung von Düngemitteln und Pestiziden⁵¹, Ver-

besserung der Bewässerungssysteme und vor allem Verwendung neuer Ernte-techniken⁵²) zu schwerwiegenden sozialen Disparitäten nicht nur auf dem Lande innerhalb der Dorfbevölkerung selbst, sondern auch im Verhältnis von Stadt und Land führte⁵³.

Der durch die industriellen Großprojekte erhoffte "Sickereffekt" stellte sich nicht ein. Durch die neuen Erntetechniken und die industriellen Produktionsverfahren wurden vielmehr zunehmend mehr Arbeitskräfte sowohl aus dem Bereich der Landwirtschaft als auch der traditionellen dörflichen Heimarbeit und des Kleinhandels freigesetzt.

Trotz vieler Kritik bestritt jedoch niemand,

- daß die Modernisierung z. B. im Reisanbau zur Selbstversorgung geführt hatte, wenn auch um den Preis steigender ländlicher Arbeitslosigkeit und Landflucht,
- daß auf dem Lande vielfältige Produkte des modernen Industriesektors zur Verfügung standen, jedoch um den Preis hoher Verschuldung und der Verdrängung der lebenswichtigen Heimarbeit und
- daß sich zwar das Pro-Kopf-Einkommen einiger ländlicher Bevölkerungsgruppen verbessert, gleichzeitig aber die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden Menschen auf dem Land und - muß man hinzufügen - in der Stadt nur geringfügig verändert hatte.

Die sich durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise weiter verschärfenden sozialen Disparitäten⁵⁴ und die wegen der sinkenden Ölpreise rückläufigen Einnahmen des Staatshaushalts, die auch durch die in den vorausgegangenen Jahren forcierte Exportpolitik nicht wettgemacht werden konnten, stellten die Regierung vor die Notwendigkeit einer deutlicheren Festlegung der Prioritäten. In der wissenschaftlichen Diskussion wurde das Problem deutlich formuliert: es sei fraglich, ob die alte Gleichung "Stabilität beschleunigt Entwicklung, und Entwicklung bestärkt Stabilität" noch den wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten der Gegenwart entspreche. Es müsse verhindert werden, daß sich in Indonesien die klassische Geschichte vom wirtschaftlichen Erfolg, der in einer politischen Krise ende, wiederhole⁵⁵.

Politisch-programmatisch trägt die "Allgemeine Darlegung der Regierungs-politik" (Garis-garis besar haluan negara - GBHN), am 9. März 1983 von der MPR beschlossen, einigen Aspekten der neuen Situation Rechnung. Stärker noch als in dem Abschnitt über die "8 Pfade zur Gleichheit" in Pelita III wird nun eine "Entwicklung mit Gleichheit" postuliert. "Die Durchführung des Entwicklungsprozesses muß - neben der Erhöhung des Nationaleinkommens - vor allem eine gleichmäßige Verteilung dieses Einkommens auf das gesamte Volk sicherstellen, die dem Gerechtigkeitsgefühl entspricht; bei der Verwirklichung des Grundsatzes der sozialen Gerechtigkeit dadurch, daß ... die Entwicklung nicht nur die Anhebung der Produktion anstrebt, sondern vor allem verhindert, daß die Kluft zwischen Armen und Reichen noch breiter wird ... nicht nur, um eine wohlhabende Gesellschaft zu schaffen, sondern auch, um eine gerechte Gesellschaft zu verwirklichen", heißt es im Kapitel des Programmes, das sich mit den langfristigen Zielrichtungen der Entwicklung beschäftigt. Beim

Einsatz moderner Technologien sei darauf zu achten, daß viele Arbeitsmöglichkeiten geschaffen und möglichst viele der verwendeten Maschinen im Lande hergestellt würden. Arbeitsintensive Technologien seien deshalb wichtig, um die Produktion zu steigern, die Arbeitsmöglichkeiten auszuweiten und die Früchte der Entwicklung gerecht zu verteilen. Neben vielen Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung und zur Effizienzsteigerung des Steuersystems mißt das Programm vor allem der ländlichen Entwicklung große Bedeutung zu. Hier sei es notwendig, vor allem den überbevölkerten und benachteiligten Regionen besondere Aufmerksamkeit zu widmen, unter anderem, um die Abwanderung in die großen Städte zu bremsen⁵⁶.

Eine genauere Analyse des GBHN zeigt jedoch auch die Ambivalenz vieler Aussagen⁵⁷. Die Führung der "Neuen Ordnung" hat keineswegs einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel vollzogen, an dem ihr auch wegen eigener wirtschaftlicher Interessen wenig gelegen sein dürfte. Sie sieht sich jedoch nicht nur durch die Auswirkungen der weltweiten Rezession zu Anpassungsmaßnahmen gezwungen, sondern muß auch aus innenpolitischen Gründen versuchen, die inneren Disparitäten auszugleichen. Hierzu ist der GBHN 1983 und Pelita IV ein erster Ansatz. Doch wird es dem Regime in den nächsten Jahren gelingen, diesen Drahtseilakt fortzusetzen?

DIE PERSPEKTIVEN DER "NEUEN ORDNUNG"

Die indonesische Führung steht Mitte der achtziger Jahre vor drei großen Herausforderungen:

- Wirtschaftlich muß das Land infolge der Weltrezession mit geringeren Wachstumsraten und aufgrund sinkender Ölpreise mit einem schmaleren finanziellen Spielraum für die eigene Entwicklungspolitik fertig werden. Gleichzeitig müssen innere Ungleichgewichte der Entwicklung zumindest partiell ausgeglichen werden. Gravierendstes Problem hierbei ist die Diskrepanz zwischen der wachsenden Bevölkerung und den vorhandenen Arbeitsplätzen, die noch durch regionale Disparitäten (Überbevölkerung Javas, Maduras, Balis und Lomboks) verschärft wird.
- Gesellschaftspolitisch sieht das Regime mittelfristig die Gefahr einer neuen Politisierung, vor allem unter islamischem Vorzeichen. Diese kann dann eintreten, wenn sich die ökonomischen Disparitäten verschärfen und für sozialen und politischen Konfliktstoff sorgen.
- Machtpolitisch stellt sich die Frage der Suharto-Nachfolge. Der Präsident war bereits zu Beginn seiner laufenden Amtszeit 62 Jahre alt. Es ist zur Zeit noch offen, ob er 1988 eine weitere Amtsperiode anstrebt. Aber auch dann müssen bis zum Ende des Jahrzehnts die Weichen für die Nachfolge gestellt sein.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Herausforderungen spricht zur Zeit einiges

dafür, daß Indonesien die Anpassung an die neuen Gegebenheiten relativ gut gelingen kann. Obwohl die indonesischen Auslandsschulden Ende 1983 bereits 23,7 Mrd. US-\$ betragen und der jährliche Kreditbedarf während Repelita IV auf 4,5 Mrd. US-\$ geschätzt wird, liegt die Schuldendienstquote mit 22 % längst nicht auf dem für verschiedene hochverschuldete lateinamerikanische Länder typischen Niveau⁵⁸. Hinzu kommt, daß die Regierung mit einer Reihe von Maßnahmen deutlich auf die Schuldenbremse trat, um vor allem der "schleichenden Verschuldung" über Exportkredite der Industriestaaten entgegenzutreten. Kreditfinanzierte Geschäfte können nicht mehr von einzelnen Ministerien selbst entschieden werden; die Gesamtschuldenaufnahme über Exportkredite wurde auf jährlich 1,5 Mrd. US-\$ begrenzt⁵⁹. Konsequenz war, daß große Industrieprojekte, die auf kapitalintensive Anlagenimporte angewiesen sind, zurückgefahren bzw. nicht realisiert wurden. Außerdem bemüht sich Indonesien zur Zeit, die nicht erdölgebundenen Ausfuhren zu steigern. Da bürokratisches Wirrwarr und Korruption diese Bemühungen erschwerten und zudem alle Einfuhren um 10-15 % verteuerten, entschloß man sich sogar zu einer drastischen Vereinfachung des Zollsystems: die Hälfte aller Zollbeamten wurde entlassen, als vom Mai 1985 an die Kontrolle über Ein- und Ausfuhren einer Schweizer Firma übertragen wurde⁶⁰.

Viel schwieriger dürfte es werden, die inneren Disparitäten wenn schon auszugleichen, so doch zumindest nicht anwachsen zu lassen. Indonesische Verantwortliche selbst halten das für eine fast unlösbare Aufgabe. Sutopo Juwono, Generalsekretär im Arbeitsministerium, benennt offen die wenig ermutigenden Zahlen: beim gegenwärtigen jährlichen Bevölkerungswachstum von 2,32 % werde sich die indonesische Bevölkerung in 29 Jahren verdoppelt haben; bei einem Erfolg der Familienplanungspolitik und einer Rate von 2 % in 35 Jahren. Selbst wenn das wirtschaftliche Wachstumsziel von jährlich 5 % erreicht werde (was nicht sicher sei), werde das bei weitem nicht ausreichen, um genügend Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen⁶¹. Dies gelte - so fügt ein Ministerialdirektor aus dem gleichen Ministerium hinzu - vor allem deshalb, weil der moderne Sektor kaum Arbeitskräfte absorbiere. So habe sich in den durch hohes Wachstum charakterisierten siebziger Jahren der Anteil der dort Arbeitenden nur von 6,8 % auf 8,6 % erhöht⁶². Sutopo Juwono schätzt, daß während Repelita IV 9,3 Millionen Personen erstmalig auf den Arbeitsmarkt strömten, bei einem jährlichen wirtschaftlichen Wachstum von 5 % jedoch höchstens 6,1 Mill. Arbeitssuchende aufgefangen werden könnten. Hinzu kämen noch die gegenwärtigen Arbeitslosen und Unterbeschäftigten⁶³. Er weist selbst auf die soziale Sprengkraft dieses Problems hin, die bei allen Entscheidungen beachtet werden müsse.

Dies ist nur eine von mehreren, schwer lösbaren Disparitäten, vor denen die Regierung relativ ratlos steht. Die im letzten Abschnitt erwähnten "Neuorientierungen" geben zwar die richtige Richtung an, sind aber in sich zu widersprüchlich, um einen entscheidenden Beitrag zur Lösung eines, möglicherweise mit keiner Entwicklungsstrategie lösbaren Problems zu sein. Außerdem liegt es im vitalen Interesse der Führung, nicht die eigene gesell-

schaftliche Grundlage - d.h. das Bündnis von Militär, Geschäftsleuten, Bürokraten und neuem Mittelstand - zu gefährden. Ein grundsätzlicher wirtschafts-politischer Kurswechsel kommt deshalb nicht in Frage, weil diese Allianz dann erodierte, ohne daß der soziale Problemdruck auch nur mittelfristig spürbar geringer würde.

Deshalb ist zu erwarten, daß man sich in den nächsten Jahren darauf konzentrieren wird, die politischen Folgen der zu erwartenden sozialen Verschärfung zu begrenzen. Wenn der Problemdruck selbst schon nicht abgemildert werden kann, soll zumindest seine politische Explosivität entschärft werden.

Dies stellt das Regime mittelfristig vor die Aufgabe, die bisherige Depolitiserungsstrategie fortzusetzen und zu intensivieren. Deshalb versucht der Kreis um Suharto zur Zeit bereits mit verschiedenen Mitteln, die Herausbildung eines organisierten, ideologischen Kristallisationspols sozialer Unzufriedenheit zu verhindern. Bestes Beispiel sind die Entscheidungen, die für alle Parteien und gesellschaftlichen Organisationen nur noch die Pancasila als "asas tunggal", als einzige Grundlage, gestattet⁶⁴. Damit soll erreicht werden, daß vor allem die islamischen Gruppen ihre Identität verlieren und daß gesellschaftliche Organisationen sich auf "pragmatische" Aufgaben beschränken. Sie können und sollen dabei durchaus ein Ventil für Kritik sein, ohne dieser jedoch ideologische Stoßkraft zu verleihen. Auf diese Weise soll die soziale Unzufriedenheit kanalisiert werden.

Ob diese Rechnung aufgeht, ist offen. Es ist gut möglich, daß vor allem das islamische Lager diesen Bestimmungen zwar oberflächlich Rechnung trägt⁶⁵, aber im Bewußtsein der Anhänger weiterhin die alte Identität beibehält. Die politische Dimension ist geistig zu tief im Islam verankert, als daß Gesetze und Beschlüsse hieran etwas ändern könnten. Wahrscheinlich wird sich deshalb in den nächsten Jahren soziale Unzufriedenheit islamisch artikulieren - trotz aller Depolitiserungsbemühungen der Regierung.

Das heißt natürlich nicht, daß in Indonesien islamische Aufstände drohen (von einer Revolution ganz zu schweigen). Die Spezifika des indonesischen Islams und das Kräfteverhältnis im Lande macht eine derartige Entwicklung mehr als unwahrscheinlich. Eine kritische Situation würde allerdings eintreten, wenn zwei Ereignisse zur gleichen Zeit aufträten: eine nicht reibungslose Abwicklung der Suharto-Nachfolge (d.h. scharfe Rivalitäten innerhalb der Streitkräfte und GOLKAR) und eine Verschärfung der sozialen Spannungen, die neu entstehenden islamischen Gruppen eine größere Anhängerschaft beschert. In einer solchen Situation scheint eine Fraktionierung der Streitkräfte entlang ideologisch-religiöser Linien nicht ausgeschlossen. Im Moment gibt es jedoch keine Anzeichen für eine derartige Entwicklung. Vielleicht hat das Regime im Geheimen die Weichen für die Nachfolge Suhartos bereits gestellt - mit Murdani als "Königsmacher" und einem starken GOLKAR-Führer⁶⁶ im Hintergrund, der im geeigneten Moment ins Rampenlicht tritt, um den Fortbestand der "Neuen Ordnung" auch in schwierigeren Zeiten zu sichern?

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Nöbel, Wilhelm, Die soziale Struktur, Herkunft und Bedeutung der Militärs in Indonesien, in: Gesellschaft und Politik in Süd- und Südostasien, hrsg. v. Manfred Turlach, Bonn/Bad Godesberg 1972, S. 266 ff.
- 2) Dahm, Bernhard, Indonesien - Geschichte eines Entwicklungslandes (1945-1971), Leiden/Köln 1979, S. 93 ff.
- 3) Über die Ereignisse um den 1. Oktober 1965 gibt es eine Fülle von Untersuchungen und Interpretationen. Eine gute Zusammenfassung der Ereignisse findet sich bei Dahm, a. a. O., S. 142-182. Dahm erläutert auch die wichtigsten Interpretationsmöglichkeiten (S. 182-184) und verweist auf weiterführende Literatur.
- 4) Pancasila sind die 1945 von Sukarno als philosophische Grundlage des neuen Staates vorgeschlagenen "Fünf Prinzipien", nämlich "Glaube an Gott, Nationalismus, Humanität, Demokratie auf der Grundlage der allseitigen Repräsentation, der gemeinsamen Beratung und des einstimmigen Beschlusses, soziale Gerechtigkeit". Zur Entstehungsgeschichte und zur Erläuterung der Pancasila siehe u. a. als indonesische Quelle: Hatta, M. d. l., Uraian Pancasila dilengkapi dengan dokumen lahirnya Pancasila 1. Juni 1945, Jakarta 1980.
- 5) Eine ausführliche Darstellung der Rolle des Islam in der indonesischen Gesellschaft findet sich u. a. bei Boland, B. J., The Struggle of Islam in Modern Indonesia, S'Gravenhage 1971.
- 6) Dahm, a. a. O., S. 160 f.
- 7) Dom, Theodor L., Die Rolle des Islam in der Indonesischen Gesellschaft, in: Gesellschaft und Politik in Süd- und Südostasien, a. a. O., S. 33.
- 8) Ebd., S. 33 ff.
- 9) Legge, John David, Indonesia, Sydney 1980, S. 170.
- 10) Zur Geschichte der GOLONGAN KARYA vgl. u. a. Castles, Stephen, GOLKAR und die Konsolidierung der Macht in Indonesien, in: Gesellschaft und Politik in Süd- und Südostasien, a. a. O., S. 269-282.
- 11) Vgl. Sielaff, Rüdiger, Die gesellschaftspolitischen Vorstellungen des Militärs und die Veränderung politischer Strukturen in Indonesien, in: Gesellschaft und Politik in Süd- und Südostasien, a. a. O., S. 290. Zur Struktur von GOLKAR nach der Reorganisation siehe auch Nishihara, Masashi, Golkar and the Indonesian Elections of 1971. Ithaca, N. Y., 1972 (insbesondere das Kapitel "Golkar, a Party built from above").
- 12) Castles, a. a. O., S. 278.
- 13) Zur Rolle der KOKAR (vor allem des Innenministeriums 'KOKARMENDAGRI') bei den Wahlen siehe u. a. Suryadinata, Leo, Political Parties and the 1982 General Elections. Singapore 1982, S. 14 f. sowie Castles, a. a. O., S. 278 ff.
- 14) May, a. a. O., S. 245-271. Im Herbst 1971 äußerten Sprecher der Armee, daß den Parteien künftig der Zugang zu den Dörfern verwehrt bleiben müsse. Die Dorfbevölkerung solle von politischer Agitation befreit bleiben, damit sie sich darauf konzentrieren könne, der Regierung bei der Verwirklichung

- der Entwicklungsprogramme zu helfen. Eine entsprechende Regelung sollte später in das Gesetz über die politischen Parteien und GOLKAR aufgenommen werden. Dies stieß jedoch auf großen Widerstand bei den Parteien, so daß ihnen schließlich gestattet wurde, durch einen Kommissar auf Dorfebene präsent zu sein (Artikel 10). Vgl. hierzu Suryadinata, a. a. O., S. 25 ff.
- 15) Die Wahlergebnisse sind u. a. zusammengestellt bei Marle, A., Indonesian Electoral Geography under ORLA and ORBA, in: Indonesia after the 1971 Elections, hrsg. v. Oey Hong Lee, London/Kuala Lumpur 1974, S. 52-59, und bei Nishihara, M., a. a. O., S. 57 ff.
 - 16) Das gilt selbstverständlich nur für die Wähler der PKI, nicht für ihre Mitglieder. Vgl. Oey Hong Lee, Indonesia after the 1971 Elections, a. a. O., S. 2.
 - 17) So die Analyse von Mackie, J. A. C., The GOLKAR Victory and Party-Aliran Alignments, in: Indonesia after the 1971 Elections, a. a. O., S. 60-75.
 - 18) Aufgrund des Wahlgesetzes kontrolliert der Präsident unabhängig vom Wahlergebnis mehr als 1/3 der Parlamentssitze (May, a. a. O., S. 273 f.). Heri Akhmadi, ein Führer der Bandung Studentebewegung von 1977, hat sogar errechnet, daß durch dieses Verfahren im hypothetischen Fall, daß GOLKAR in den Wahlen keinen Sitz in der DPR gewinnt, die GOLKAR-Fraktion in der MPR immer noch 447 von 920 Sitzen betragen würde, also nur 14 Sitze zur absoluten Mehrheit fehlten. Umgekehrt würde eine andere Partei, die alle durch Wahlen zu besetzenden 360 DPR-Sitze gewinnt, in der MPR nur über 468 von 920 Sitzen verfügen, also über eine hauchdünne Mehrheit von 7 Sitzen. Vgl. Akhmadi, Heri, Breaking the Chains of Oppression of the Indonesian People, N. Y., 1981, S. 62.
 - 19) An dieser Stelle kann nicht ausführlich auf diese Ereignisse eingegangen werden. Äußerer Ausdruck der "Malari-Affäre" waren die antijapanischen Demonstrationen und Ausschreitungen anlässlich des Tanaka-Besuchs am 15. 1. 1974 (die Abkürzung Malari bedeutet "Malapetaka limabelas Januari" - Unglück des 15. Januar). Diesen Vorgängen lag jedoch ein interner Machtkonflikt zugrunde, in dem der damalige KOPKAMTIB-Chef Sumitro (der nach den Ausschreitungen seinen Posten verlor) eine Schlüsselrolle spielte. Über die genauen Hintergründe fehlen gesicherte Informationen. Aufschlußreich sind die Ergebnisse der journalistischen Recherchen von Brian May (a. a. O., S. 289-307). - Die Pertamina-Krise 1974/75 wurde sichtbar, als diese staatliche Ölgesellschaft ein Defizit von 10 Mrd. US-\$ erwirtschaftet hatte - ein Ergebnis der planlosen Expansionspolitik des damaligen Pertamina-Chefs Ibnu Sutowo und des als chaotisch beschriebenen Rechnungswesens sowie der kaum vorhandenen Revision. Vgl. Asia Yearbook, 1975, und zu den politischen Implikationen May, a. a. O., S. 368-381. - In der Vorphase der Wahlen von 1977 gab es weitere Affären (wie z. B. ein Korruptionsskandal bei BULOG, der für Reisaufkauf, -lagerung und -verkauf zuständigen Behörde, in Ostkalimantan), die dazu führten, daß das Thema "persönliche Bereicherung" und "Korruption" im Wahlkampf zumindest

- unter der städtischen Bevölkerung eine wichtige Rolle spielte (vgl. Suryadinata, Trends in Indonesia II, Singapore 1981, S.21).
- 20) Ausführlich zu den Wahlen u.a. Liddle, R. W., Indonesia 1977: The New Order's Second Parliamentary Election, in: Asian Survey, Vol.18, No.2, Febr.1978.
 - 21) Sundhausen, a.a.O., S.823 f.
 - 22) Vgl. Sundhausen, a.a.O., S.824 ff.; Suryadinata, Trends ..., a.a.O., S.24 ff.
 - 23) Zu den studentischen Aktivitäten siehe u.a. Suryadinata, Trends ..., a.a.O., S.24-27.
 - 24) Der Stimmenanteil der PPP in Jakarta betrug 43,5 % gegenüber 39,3 % für GOLKAR und 17,3 % für die PDI (vgl. Suryadinata, Political Parties ..., a.a.O., S.77).
 - 25) Sundhausen, a.a.O., S.826 f.
 - 26) Suryadinata, Trends ..., a.a.O., S.26.
 - 27) Diese Ziele sind in den Kertas Kerja (Arbeitspapieren) II, III, IV (in: Prajurit-TNI sebagai Sapta-Marga-is) formuliert (hier zitiert nach Sundhausen, a.a.O., S.828).
 - 28) "Marhaenismus" bezeichnet einen Sukarno-Terminus für sein ideologisches Konzept einer Verschmelzung sozialistischer und nationalistischer Komponenten.
 - 29) Zitate aus den Reden hier laut Sundhausen, a.a.O., S.817-819 und Suryadinata, Trends ..., a.a.O., S.35 f. Die Rede vom 27.März wurde in der Zeitung KOMPAS vom 8.4.80 veröffentlicht; aus der Rede vom 16.April zitierte die Zeitung SUARA KARYA am 17.4.1980.
 - 30) Diese "Erklärung der Besorgnis" (Pernyataan Keprihatinan) wurde unter der Bezeichnung "Petisi Kelompok 50" (Petition der Fünfziger-Gruppe) bekannt. Aus ihr wird im folgenden laut Sundhausen, a.a.O., S.820, zitiert.
 - 31) Sundhausen, a.a.O., S.822. Die "Beweise" für den Mordplan waren derart plump gefälscht, daß die Fälschung zugegeben werden mußte.
 - 32) Suryadinata, Political Parties ..., a.a.O., S.56.
 - 33) Zu den Einzelheiten vgl. "Current Data on the Indonesian Military Elite", in: Indonesia, Ithaca, N.Y., No.36, Oct.1983, S.99-134 und No.37, April 1984, S.145-169. Augenfällig ist vor allem die Stellung des neuen Pangab (Oberkommandierender der Streitkräfte), Benny Murdani, der gleichzeitig KOPKAMTIB-Chef wurde und der alle bedeutsamen militärischen Bereiche kontrolliert; die Funktionen des Verteidigungsministeriums unter Poniman wurden nach 1983 im wesentlichen auf rein administrative Aufgabenbereiche reduziert (vgl. vor allem Indonesia No.37, a.a.O.). Obwohl Murdani heute wahrscheinlich der mächtigste Mann nach Suharto ist, hat er jedoch vor allem aufgrund seiner Herkunft keine Chance, Nachfolger des Präsidenten zu werden (seine Mutter ist "Indo" [Eurasierin], und er ist kein Moslem, sondern Katholik). Murdani ist deshalb - anders als es ein javanischer Moslem in vergleichbar starker Stellung wäre - kein potentieller Rivale

Suhartos. Daß gerade er der (de facto) zweite Mann wurde, zeigt, daß Suharto nach wie vor das komplizierte Machtspiel an der Regimespitze dominiert.

- 34) Sundhausen, a.a.O., S.830 f.
- 35) Zur "Mittelklasse" in Indonesien vgl. u.a. Dick, H.W., The Rise of a Middle Class and the Changing Concept of Equity in Indonesia: an Interpretation, in: Indonesia, Ithaca, N.Y., No.39, April 1985, S.71-92, Beiträge verschiedener indonesischer Autoren zum Thema "Kelas Menengah Baru" (Neue Mittelklasse) finden sich in Prisma, indonesische Ausgabe, Jakarta, Tahun XIII, No.2, Feb.1984.
- 36) Dazu etwa Sasono, Adi, Indonesia: From Guided Democracy to Guided Capitalism, in: Prisma, engl.Ausgabe, 26, Dez.1982, bes. S.28 ff.; detailliertere Angaben finden sich bei v.d.Kroef, Justus M., Indonesia since Sukarno, Singapore 1971, S.157 ff.
- 37) Vgl. Kroef, a.a.O., S.156.
- 38) Haubold, Erhard, Die 'Neue Ordnung' soll den Magen füllen, in: FAZ v.29.1.85.
- 39) Vgl. dazu Castles, Lance, Economic Recovery under the New Order: Miracle or Illusion? in: Ed. Oey Hong Lee, a.a.O., S.97.
- 40) Dieses Vorhaben blieb jedoch nahezu eine reine Absichtserklärung: an der Aufblähung der Verwaltung änderte sich nichts.
- 41) Die erste Konferenz fand unter Beteiligung der USA, Großbritanniens, der BR Deutschland, Italiens, Japans, Frankreichs und der Niederlande im September 1966 in Tokio statt. Diese Länder gründeten die "Inter-Governmental Group on Indonesia" (IGGI), die sich fortan auf ihren jährlichen Konferenzen den Schulden- und Kreditproblemen Indonesiens widmete. Vgl. Kroef, a.a.O., S.163 f.
- 42) Vgl. dazu Tab.V in Kroef, a.a.O., S.172.
- 43) Allerdings enthielt PELITA III - vor dem Hintergrund der innenpolitischen Situation 1977/78 verständlich - bereits einige Akzentverschiebungen in Richtung auf das Postulat "Entwicklung mit Gleichheit". Es wurden "Acht Pfade zur Gleichheit" (8 jalur pemerataan) benannt, die stärker zu betonen seien. Siehe hierzu Dick, H.W., a.a.O., S.89 f. Im GBHN (Allg.Darlegung der Regierungspolitik) von 1983 und in PELITA IV wird diese zumindest verbale Abkehr von einer rein wachstumsorientierten Modernisierungspolitik noch deutlicher.
- 44) Daß diese Politik der Importsubstitution kapital- und nicht arbeitsintensiv betrieben wurde, ist einer der Hauptgründe für die zunehmende Verdrängung der Heimindustrie auf dem Lande mit den potentiell sozial explosiven Folgen.
- 45) Eine gute zusammenfassende Übersicht der Entwicklung bis 1981 findet sich bei Mangkusuwonda, Suhadi, The Indonesian Economy under the New Order, in: Suryadinata (ed.), Trends in Indonesia II, a.a.O., S.89 ff.
- 46) Vgl. dazu im einzelnen Salim, Emil, Trends in the Indonesian Economy, in: Trends in Indonesia II, a.a.O., S.106.
- 47) Vgl. Dauth, Jürgen, Erntewunder in Indonesien, in: Frankfurter Rund-

schau, 12.12.1984, S.11.

- 48) BIMAS (Bimbingan Massa) - "Anleitung der Massen" durch regierungsamtliche Stellen in Richtung auf die gewünschten Ziele. Über die verschiedenen BIMAS-Programme informiert u.a. An, H./Schmidt, Einhard, Indonesien: Folgen der Grünen Revolution, in: Blätter des Jz3W, Nr. 114, Dez. 1983, S.40 ff.
- 49) Vgl. dazu Hartmann, Jörg, Subsistenzproduktion und Agrarentwicklung in Java / Indonesien. Saarbrücken / Fort Lauderdale 1981, S.31 ff. sowie als vergleichende regionale Untersuchung Clauss, Wolfgang / Hartmann, Jörg, Kommerzialisierung und Subsistenzproduktion in Java und Nord-Sumatra - Involution oder Differenzierung, in: Internationales Asienforum, Vol.13 (1982), No.1/2, S.77-101.
- 50) Zur Entwicklung vgl. Weggel, Oskar, IRRI - Internationales Reisforschungsinstitut (International Rice Research Institute) - Geburtsstätte des "Wunderreises" und Wiege der "Grünen Revolution", in: Südostasien aktuell, September 1984, S.454 ff.
- 51) Zu den ökologischen und sozialen Folgen vgl. An, H. / Schmidt, Einhard, a.a.O., S.43 f.
- 52) Die Folgen des neuen Erntesystems werden dargestellt in: Hartmann, Jörg a.a.O., S.42 ff. sowie in: An, H. / Schmidt, Einhard, a.a.O., S.44 f.
- 53) Zu den Folgen für die städtischen Ballungsräume vgl. Evers, Hans-Dieter, Zur Theorie der urbanen Unterentwicklung, in: Dritte Welt, 9.Jahrgang, Heft 1/2, 1981, S.61 ff. Ausführliches Material zum "informellen Sektor" und den "peripheren Massen" in Indonesien findet sich in verschiedenen Aufsätzen in: Prisma, indonesische Ausgabe, Jakarta, Tahun XIV, No.3, März 1985.
- 54) Zur Arbeitsmarktsituation in den siebziger Jahren sowie zu Prognosen vgl. Arndt, H.W., Pembangunan dan Pemerataan, Jakarta 1983, S.27-47 sowie den Aufsatz von Soekarsono, Sagir, Pertumbuhan Ekonomi dan Kesempatan Kerja - sebuah Proyeksi, in: Prisma, indonesische Ausgabe, Jakarta, Tahun XII, No.11/12, Nov./Dez. 1983, S.3-8.
- 55) Diese Warnung findet sich bei Kusumowidagdo, Putranto, Pembangunan Politik Orde Baru Menghadapi Krisis Partisipasi, in: Prisma, indonesische Ausgabe, Jakarta, Tahun XII, No.1, Jan.1983, S.44-52. Der Autor fordert nicht nur eine Akzentverschiebung in der Wirtschaftspolitik, sondern hält darüberhinaus Partizipation für einen wichtigen Lösungssatz. Die neue Formel müsse lauten: "Partizipation beschleunigt Entwicklung, und Entwicklung vermehrt Partizipation" (S.51).
- 56) Zitiert nach "Garis-Garis Besar Haluan Negara" (GBHN), in: Ketetapan-Ketetapan MPR Tahun 1983, Jakarta 1983, S.53-110.
- 57) Zum GBHN vgl. Fenner, Manfred / Dürste, Hartmut, Orientierung zu einer Entwicklung mit Gleichheit? Indonesiens neues Regierungsprogramm, in: Entwicklung und Zusammenarbeit (E+Z), 11/1983, S.14 ff.
- 58) Zahlen und Schätzungen laut IGGI-Treffen vom Juni 1984 in Den Haag (Südostasien aktuell, Juli 1984, S.286).

- 59) Präsidialverordnung (INPRES) 8/84. Vgl. u.a. Dauth, Jürgen, Indonesien tritt auf die Schuldenbremse, Frankfurter Rundschau vom 16.1.1985.
- 60) INPRES 4/85. Englische Übersetzung in: Südostasien aktuell, Juli 1985, S.363-365.
- 61) Juwono, Sutopo, Sektor Informal: 'Sang Penyelamat', in: Prisma, indonesische Ausgabe, Jakarta, Tahun XIV, No.3, März 1985, S.37-40.
- 62) Simanjuntak, Payaman J., Penganggur dan Setengah Penganggur, in: Prisma, indonesische Ausgabe, Jakarta, Tahun XIV, No.3, März 1985, S.47-53.
- 63) Juwono, a.a.O., S.38. Sowohl Juwono als auch Simanjuntak weisen darauf hin, daß diese Rechnung noch nicht vollständig sei, da sie die "Halb-Arbeitslosen", die sich durch Arbeit von wenigen Stunden pro Woche am Leben hielten, nicht beinhalte.
- 64) Die MPR legte im März 1983 im GBHN fest, die Pancasila müsse die einzige Grundlage für GOLKAR und die politischen Parteien sein (GBHN, Kapitel IV, a.a.O., S.102 f.). Die dieser Entscheidung vorangegangene Diskussion wird ausführlich dokumentiert bei Dijk, C.V., Survey of Major Political Developments in Indonesia June 1982 - June 1983, in: Review of Indonesian and Malayan Affairs, Vol.17, Winter/Sommer 1983, S.257-264. Die entsprechende Regelung für die gesellschaftlichen Organisationen erfolgt auf der Grundlage eines Gesetzes (Undang-Undang Organisasi Masyarakat). - All diese Entscheidungen stießen auf heftigen Widerspruch.
- 65) Dies geschieht bei der PPP durch den Verzicht auf die Kaabah als Partei-symbol.
- 66) Es gibt Spekulationen, daß der GOLKAR-Vorsitzende Sudharmono ein potentieller Kandidat sein könnte.